

<u>öffentlich</u>	Antrag
--------------------------	---------------

Geschäftszeichen 2-61 / KMa	Datum 12.01.2026	ANT/2026/016
--------------------------------	---------------------	---------------------

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termine
Planungsausschuss	Entscheidung	13.01.2026

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu "Sport trifft Kultur"

Anlage/n

- 1 SPD Änderungsantrag Sport trifft Kultur

Stellungnahme und Änderungsantrag der SPD-Fraktion Wedel zum Thema: Antrag der CDU – „Sport trifft Kultur“.

Der Antrag der CDU nimmt den bereits 2022 im Planungsausschuss und im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss diskutierten Vorschlag wieder auf, ein gemeinsames Zentrum für Sport und Kultur an der Rudolf-Breitscheid-Straße bzw. an anderen Orten im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zu prüfen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2024 wurden die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von 50.000€ gestrichen. Der aktuelle Antrag der CDU sieht vor, nun Mittel in Höhe von 30.000€, versehen mit einem Sperrvermerk, in den Doppelhaushalt 2026/2027 für das Jahr 2027 aufzunehmen.

Der Projekttitel „Sport trifft Kultur“ verspricht einen interessanten und neugierig machenden Ansatz im Hinblick auf eine Konsolidierung des defizitären Haushalts der Stadt Wedel. Laut dem Wedel-Schulauer-Tageblatt vom 9. Januar 2026 wären bei Umsetzung des Vorschlages von 2022 mit Baukosten in Höhe von 24 Millionen Euro zu rechnen. Gegenfinanziert werden sollte der Bau durch den Verkauf des Grundstückes (geschätzt 4 Millionen €), auf dem sich derzeit die Gebäude der VHS und der Musikschule befinden.

Selbst wenn wir davon ausgehen, dass im Jahr 2027 ein konzeptioneller Vorschlag erarbeitet und mit der Haushaltberatung 2028 ein Beschluss zur Umsetzung gefasst werden würde, so wäre mit einer Fertigstellung kaum vor 2030 zu rechnen. Daher wäre mit weiteren Kostensteigerungen des Projekts in Richtung 30 Millionen Euro oder mehr zu rechnen. Auch sollten wir uns vergegenwärtigen, dass es sich dabei um ein durchaus komplexes Prestige-Projekt handelt, denn wenn man so etwas baut, so baut man es nicht für 5 Jahre, sondern für mindestens drei und mehr Jahrzehnte. D.h. wenn wir so ein Projekt heute planen, so müssen wir Konzepte entwickeln, wie eine Stadtbücherei, eine VHS und eine Musikschule im Jahr 2050 funktionieren soll bzw. funktionieren kann. Unterlässt man dies, so ist

mittelfristig mit abnehmendem öffentlichen Interesse und Nutzung dieser Einrichtungen zu rechnen. Um dem dann entgegen zu wirken würden teure Folgeinvestitionen notwendig, um dieses Prestige-Projekt zu retten.

Nach reiflicher Überlegung kommt die SPD-Fraktion daher zu dem Schluss, dass dieses Projekt in der aktuellen und der, für die nächsten Jahre absehbaren Haushaltslage, keine Umsetzungsperspektive hat, zu mal bisher keinerlei Nachweis erbracht wurde, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Wedel beitragen kann und wird. Daher lehnt die SPD-Fraktion den CDU-Antrag ab, nicht zuletzt auch deshalb, weil die veranschlagte Summe in Höhe von 30.000€ den Haushalt 2027 trotz Sperrvermerk belastet.

Nichtsdestotrotz müssen wir anerkennen, dass das gemeinsame Gebäude der VHS und der Musikschule in einem sanierungsbedürftigem Zustand ist und perspektivisch den Erfordernissen an Energieeffizienz nicht mehr genügt. Daraus ergeben sich erhebliche finanzielle Belastungen für den städtischen Haushalt – entweder für eine substantielle Sanierung des Gebäudes oder hohe laufender Kosten für Reparaturen und Energie. Daher unterstützt die SPD-Fraktion die Prüfung von Alternativen für die Unterbringung der VHS und der Musikschule, ggf. unter Einbeziehung der Stadtbücherei, in Form einer kleineren Lösung, ohne Einbeziehung von Sportstätten. Diese kleinere Lösung sollte möglichst nah an der Bahnhofstraße bzw. dem Stadtzentrum liegen, um dieses zu stärken.

Für die Erarbeitung eines solchen Konzeptes beantragt die SPD-Fraktion Mittel in Höhe von 30.000€ für den Haushalt 2026 oder 2027.

„Kultur trifft Stadtgeschichte“:

Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung in diesem Zusammenhang um Klärung mit dem Investor des „Möller-Geländes“ in wie weit die Planungen für die historischen Gebäude auf dem Gelände fortgeschritten sind, in wie weit die Gebäudeflächen bereits vergeben bzw. vermietet wurden und ob diese Flächen ggf. als neuer Standort für die VHS und die Musikschule geeignet sind. Soweit sinnvoll und möglich, ist eine Einbeziehung der Stadtbücherei mit zu prüfen. Zwar würde der Haushalt der Stadt zukünftig durch Mietzahlungen belastet, es würden aber erhebliche Kosten für Investitionen oder Unterhaltungsaufwendungen wegfallen. Zudem ließe sich ein Umzug der genannten städtischen Einrichtungen in sanierte und damit im Unterhalt kostengünstige Gebäude, wesentlich früher als dem Jahr 2030 ff. realisieren.

Nachnutzung des Grundstücks der VHS/Musikschule

Einen meistbietenden Verkauf des Grundstücks in zentraler Lage lehnt die SPD-Fraktion ab. Das Grundstück ist für die städtebaulichen Entwicklung von herausragender Bedeutung. In diesem Sinnen sieht die SPD-Fraktion zwei Verwendungsoptionen, die vorrangig zu erwägen sind:

a.) Vierte Grundschule: Die SPD-Fraktion hält eine möglichst gleichmäßige Verteilung von Grundschulen über das Stadtgebiet aus pädagogischen und verkehrstechnischen Gründen für besser als den Ausbau eines Grundschulstandortes zu einer Mega-Grundschule, die sich zudem auch noch nahe am Stadtrand befindet. Grundschulen sollten aus pädagogischen Gründen eine überschaubare Größe haben und für die Schülerinnen und Schüler in fußläufiger Entfernung liegen. Sollte sich kein besserer Standort in Wedel finden lassen und sollte der Schulentwicklungsplan zum Ergebnis kommen, dass die Grundschulkapazitäten ausgebaut werden müssen, so sollte dies auf dem Gelände der aktuellen VHS/Musikschule geschehen.

Selbstverständlich vorausgesetzt, dass ein anderer Standort für die VHS/Musikschule gefunden wurde.

b.) Genossenschaftlicher Wohnungsbau: Sollte auf dem jetzigen Gelände der VHS/Musikschule keine vierte Grundschule gebaut werden, so ist vorrangig, vor anderen Verwendungen des Geländes, der Bau von genossenschaftlichen Wohnung auf dem Gelände zu prüfen. Hierzu ist das Gelände bekannten Genossenschaften z.B. als Erbpacht bzw. zu einem attraktiven Grundstückspreis anzubieten.

Begründung: In Wedel herrscht ein erheblicher Mangel an Wohnraum, der für Bürgerinnen und Bürger mit mittlerem und niedrigem Einkommen erschwinglich ist. Zudem hat die Stadt Wedel nur sehr wenigen direkten Einfluss auf die Höhe der durchschnittlichen Mieten. Eine Verbreiterung des Angebots an genossenschaftlichen Wohnungen, kann hier Mietpreis reduzierend auf dem Wohnungsmarkt wirken.

Die SPD-Fraktion, 12. Januar 2026

Gerrit Baars

Lars-Arne-Klintworth